

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 118. Ratssitzung vom 9. Dezember 2020

3318. 2020/544

Postulat der FDP-Fraktion vom 02.12.2020:

Anpassung der Budgets der kommenden Planjahre auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und die damit einhergehende weltweite Rezession

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Raphaël Tschanz (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3280/2020): «Die Stadt wächst.» Das ist der Lieblingsspruch von STR Daniel Leupi. Damit kann er jede Neuausgabe, jede neue Stelle und jede noch so fragwürdige Budgeterhöhung rechtfertigen. Mit dem Ausspruch «Die Stadt wächst!» kann man bequem auch jedes Gegenargument totschiessen. Denn was will man schon einwenden, wenn die Stadt nun mal wächst? Wenn auf diese Weise Gegenargumente pariert werden können, ist das bequem. Denn dann muss man nicht darauf eingehen, warum die Ausgaben und Stellen viel schneller als die Bevölkerung wachsen. Auf konkrete Fragen an STR Daniel Leupi, ob eine wachsende Stadt nicht auch Effizienzgewinne und finanzielle Vorteile schafft, war die Antwort: «Keine Ahnung, wir wissen es nicht.» Es gibt auch keine Bestrebungen der Verwaltung, solche Effekte zu messen. Das ist bequem. Bis jetzt war das vor allem auch bequem, weil die Einnahmen in der Vergangenheit zusammen mit den Ausgaben wuchsen. Jetzt wendete sich das Blatt; die gegenwertige Krise holt die rot-grüne Zürcher Regierung auf den Boden der Realität zurück. Nur will das der Stadtrat noch immer nicht wahrhaben. Nach dem massiven Einschnitt der COVID-19-Krise kann es in unserer Stadt nicht so weitergehen wie bisher. Etwas muss sich ändern. Die FDP-Fraktion verzichtet in dieser Budgetdebatte auf Kleinanträge und Kleinkürzungen. Wir unterbreiten Ihnen stattdessen ein Postulat zum FAP. Darin fordern wir den Stadtrat dazu auf, bei seiner Finanzplanung endlich auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der weltweiten Rezession einzugehen und den Wohlstand unserer Stadt langfristig zu sichern. Der Stadtrat soll bei der Finanzplanung für die kommenden Jahre über die Bücher und folgende Massnahmen berücksichtigen. Erstens haben Massnahmen Priorität, die der wirtschaftlichen Erholung, der Stärkung der Unternehmen und der Schaffung von Arbeitsplätzen dienen. Zweitens sollen Arbeitsplätze in Zürich gehalten und die Voraussetzungen geschaffen werden, damit der kommende Aufschwung nicht verpasst und der Wohlstand gesichert wird. Drittens sollen nötige Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Innovation getätigt werden. Auch zusätzliche Ausgaben für die Bekämpfung der Pandemie können gerechtfertigt sein, wenn sie die Stadt schneller aus

der Krise führen. Ausgaben jedoch, die durch die Übernahme von neuen Aufgaben oder durch den Ausbau von bestehenden Ausgaben, die nicht zur Bewältigung der Krise beitragen, sollen nicht mehr geduldet werden. Es braucht sechstens eine Leistungsüberprüfung und Einsparungen sind unter Beachtung der erwähnten Grundsätze in allen Departementen unverzüglich an die Hand zu nehmen. Siebtens sind wachsende Defizite und damit auch wachsende Schulden zu vermeiden, da sie über kurz oder lang zu höheren Steuern und damit zur Verlangsamung der wirtschaftlichen Erholung führen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Es gibt Themen im Postulat, mit denen wir vollständig einverstanden sind. Selbstverständlich sind wir daran interessiert und machen das nötige dafür, dass die Arbeitsplätze in Zürich gehalten werden und dass wir den kommenden Aufschwung, der also doch auch von Ihnen angekündigt wird, nicht verpassen. Wir wollen nicht massiv hineinfahren, weil es jetzt absolutes Gift für das Gewerbe wäre, Sand ins Getriebe zu werfen. Das weiss auch die FDP: Ihre Fraktionspräsidentin im Kantonsrat begründete genau deshalb vor zwei Tagen, weshalb sie nicht für eine Budgetrückweisung und nicht für ein Notprogramm sind. Selbstverständlich wollen wir auch die notwendigen Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Innovation tätigen. Der Stadtrat arbeitet unvermindert daran. Im Moment wollen wir nicht die Steuern senken, denn das würde die von Ihnen kritisierte Verschuldung möglicherweise anheizen. Dafür gibt es keine Luft. Auch wollen wir im Moment keine Leistungsüberprüfung tätigen. Die Leute von der Stadtverwaltung, die das jetzt tun müssten, sind momentan mit anderem beschäftigt und immer noch an der Arbeit, die Auswirkungen der Pandemie zu bewältigen und sorgen dafür, dass die Leistungen aufrechterhalten werden können.

Weitere Wortmeldungen:

Renate Fischer (SP): Die FDP nimmt den FAP ablehnend zur Kenntnis, will das Budget zurückweisen und stellt mit dem vorliegenden Postulat Forderungen, wie der Stadtrat seinen FAP umgestalten sollte. Die Wirtschaft sollte von Abgaben und Steuern entlastet werden. So wie das formuliert wurde, ist es wohl generell gemeint und bezieht sich nicht insbesondere auf die von der Pandemie betroffenen Geschäfte. Gefordert wird das Giesskannenprinzip in Zeiten, in denen besondere staatliche Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie angezeigt sind. Die FDP reichte keine Anträge zu ihrem Anliegen im Budget ein, bei dem der Gemeinderat über die Kompetenz verfügt, Änderungen zu verlangen. Immerhin unterstützt sie die dazu von der SP gestellten Anträge 018 und 019 zu den temporären Gebührenerlassen. Die zweite Forderung im Postulat verlangt, dass die Arbeitsplätze in Zürich gehalten werden sollen. Dem kann man nicht widersprechen. Aber die FDP äussert sich nicht dazu, wie dies erfolgen soll. Die SP hat im Budget mit den Anträgen 012 bis 014 einen Mietzinserlass für die von der Pandemie betroffenen Gewerbebetriebe gefordert. Diese Anträge werden von der FDP genauso wenig unterstützt wie der Antrag 078, der eine unbürokratische Nothilfe für Selbstständigerwerbende und Kleinstunternehmerinnen vorsieht. Trotzdem wird im vorliegenden Postulat

beteuert, dass zusätzliche Ausgaben aufgrund der Pandemie gerechtfertigt sein können, weil dadurch die Stadt schneller aus der Krise gelangen kann. Wie die Forderung nach Massnahmen zur Abfederung der Folgen der Pandemie mit der gleichzeitigen Forderung nach keinen zusätzlichen Schulden zusammenpasst, kann ich nicht erklären. Es ist offensichtlich, dass nach den vergangenen Jahren, in denen kontinuierlich Schulden abgebaut wurden, jetzt der Zeitpunkt ist, in dem wir mit verschiedenen Massnahmen sicherstellen müssen, dass die Menschen in der Stadt gut durch die Krise kommen. Das betrifft nicht nur das Jahr 2021. Die Behauptung, dass die Ausgaben stärker wuchsen als die Bevölkerung, lässt sich nicht bestätigen, wenn man die Gesamtkosten der letzten zehn Jahre betrachtet und ins Verhältnis zur Bevölkerung setzt. Es bleibt für mich jedoch nicht klar, warum die Gesamtkosten der Stadt als Massstab genommen werden. Beispielsweise sind auch Kosten des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (ewz) beinhaltet, das auch die Stromversorgung in einem Teil von Graubünden sicherstellt oder Private mit Energiedienstleistungen versorgt; die Kosten der Verkehrsbetriebe der Stadt Zürich (VBZ), die nicht nur in der Stadt unterwegs sind und nicht nur Stadtzürcher befördern sowie die Kosten der Spitäler, wo nicht nur Stadtzürcher behandelt werden. Bei allen drei genannten Beispielen stehen auch Einnahmen den Ausgaben gegenüber. Ein Kostensprung ist in einzelnen Dienstabteilungen sichtbar wie im Schulamt, wenn nur die letzten Jahre und die kommenden Planungsjahre betrachtet werden. Diesbezüglich leitete die RPK vertiefte Abklärungen ein. Die FDP zog sich leider weitgehend aus der Verantwortung zurück, indem sie mittels Postulat Anregungen zum in Stadtratskompetenz liegenden FAP gibt. Aber sie weist das im Gemeinderat liegende Budget schlichtweg zurück, anstatt die von ihr geforderten Massnahmen mittels entsprechenden Budgetanträgen einzufordern. Das ist für die zweitgrösste Partei im Rat eher beschämend.

Susanne Brunner (SVP): *Natürlich brauchen wir die Leistungsüberprüfung und natürlich müssen wir jetzt priorisieren. Wir müssen abwägen, was nötig und was wünschbar ist. Die Arbeitsverweigerung ist nicht hinnehmbar. Wir müssen jetzt handeln und ermitteln, wo zurückgefahren werden kann, damit wir in den nächsten Jahren gut aus dieser Krise kommen werden. Untätigkeit und lediglich zu sagen, dass die Mitarbeiter mit anderem beschäftigt sind, lehne ich ab. Der FAP greift erst ab dem 1. Januar 2022. Bis dahin haben wir Zeit. Wir fordern den Stadtrat auf, jetzt Prioritäten zu setzen und zu ermitteln, wo Leistungen zurückgefahren werden können. Wir erwarten Einsparungen und die Leistungsüberprüfung.*

Ernst Danner (EVP): *Auch die EVP unterstützt das Postulat. Das ist kein Widerspruch zur Haltung, dass wir im Moment die Ausgaben nicht senken wollen. Ein solches Massnahmenpaket kann erst in einigen Jahren Wirkung zeigen. Wenn es gut geht, werden wir die Wirkung im Jahr 2023 sehen können. Es ist wichtig, dass früh damit begonnen wird, die Verwaltung zu durchforsten und zu ermitteln, was gebraucht wird und was nicht. Wir wollen selbstverständlich, dass die Wirtschaft von Abgaben und Steuern entlastet wird. Auch die AL beispielsweise will das und fordert immer wieder Gebührensenkungen. Selbstverständlich kann das nur ohne Gefährdung der Aufgaben erfolgen, die von der Stadt in einer guten Qualität wahrgenommen werden müssen.*

Severin Pflüger (FDP): *Zwei Dinge werden von STR Daniel Leupi und Renate Fischer (SP) stets vermischt. Einerseits haben wir unser FAP-Postulat und andererseits unseren Rückweisungsantrag. Das sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe und sie sind gut aufeinander abgestimmt. Die Aussagen zum Rückweisungsantrag erlaube ich mir zu kommentieren, wenn es im separaten Traktandum darum geht. Dummerweise sind die FDPler keine Betonköpfe, die gerade reinfahren und alle Ausgaben ausfahren wollen und eine Austeritätspolitik betreiben. Die Ausführungen stimmen also nicht, auch wenn das von eurer Parteipropaganda stets so vermittelt wird. Der Stadtrat und die SP als grösste Fraktion lehnen ab, dass die Wirtschaft von Bürokratie, Abgaben und Steuern entlastet werden soll. Sie lehnen ab, dass Arbeitsplätze für Zürich gehalten werden. Sie lehnen Massnahmen für die wirtschaftliche Erholung ab. Interessanterweise haben wir eine Gebrauchsanweisung dafür, die wir mit unserem Corona-Vorstosspaket lieferten. Die FDP steht nicht ohne Idee da. Wenn jemand ohne Idee dasteht, sind es die 10 Millionen Franken, die für das Gewerbe beantragt wurden. Ich bitte zur Sachlichkeit der Debatte beizutragen und dann über einzelne Themen zu sprechen, wenn sie traktandiert sind. Zum Glück ist Zürich eine offene Stadt, die weit über ihre Grenzen hinausgeht, attraktiv ist und Leute anzieht; sei es für eine Bypass-Operation, um unsere Kulturinstitutionen zu besuchen oder auf dem Weg das Tram zu nutzen. Die Zahlen sind eindrücklich. Die Bevölkerung wuchs von 379 500 im Jahr 2008 auf heute 444 900. Das entspricht einem Wachstum von 17 Prozent. Der Personalaufwand wuchs von 2,3 auf 3 Milliarden Franken; ein Wachstum von 30 Prozent. Ich widerlege die Aussage, dass der Personalaufwand nicht nur durch die Steuern finanziert wird und dass er auch gebührenfinanziert ist, mit einer anderen Zahl. Der Steuerertrag von Zürich stieg von 2,1 Milliarden auf 2,9 Milliarden Franken; eine Zunahme um 38 Prozent. Der Steueraufwand wuchs also noch stärker als das Personal. Das grosse Personalwachstum korreliert unter anderem mit dem Steueraufwand und nicht nur mit dem Ertrag aus den städtischen Betrieben. Es braucht eine Gesamtbetrachtung und es reicht nicht aus, wenn ein Punkt isoliert hinausgegriffen wird und dann andere als Betonköpfe bezeichnet werden. Den Begriff führte ich ein und nehme ihn zurück.*

Shaibal Roy (GLP): *Auch für uns ist unverständlich, warum Parteien, die einerseits mehrheitlich Anträge von linker Seite unterstützen – hier explizit erwähnt ist die Entlastung der Wirtschaft und Bürokratie sowie die Priorität von Massnahmen zur wirtschaftlichen Erholung – und sich auf der anderen Seite bei Anträgen im Budget, die eigentlich die im Postulat geforderten Dinge verlangen, einfach enthalten. Aus meiner Sicht ist das nicht stimmig. Ich verstehe auch nicht, warum das Postulat vom Stadtrat nicht entgegengenommen wird. Es handelt sich beinahe ausnahmslos um Forderungen zur Prüfung, wie der Krise begegnet werden kann. Es ist beinahe beunruhigend, wenn der Stadtrat sagt, dass die Verwaltung momentan mit anderem beschäftigt ist und nicht in die Zukunft schauen und sich Gedanken machen kann, wie in den nächsten drei Jahren Massnahmen ergriffen werden können, die den FAP drehen würden. Es gab Aufträge, das Budget wurde überarbeitet und genau das sollte weitergeführt werden. Das wird im Postulat gefordert. Ich verstehe nicht, warum das nicht unterstützt wird.*



5 / 5

Das Postulat wird mit 51 gegen 67 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat